

## ZdK: Entschiedenenes Ja zu gesellschaftlichem Engagement

*An die am 2. Oktober in Erfurt abgehaltene Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken schloß sich eine Studientagung an. Ihr Thema: Der dialogische und solidarische Charakter des Engagements von Christen in einer pluralistischen Gesellschaft.*

Die Diskussion, die sich während der ZdK-Vollversammlung über ein Thesenpapier zur „Schicksalsfrage“ Massenarbeitslosigkeit entspann, schien gut geeignet als Hinführung zu der an das turnusmäßige Herbsttreffen anschließenden Studientagung. Diese widmete sich dem Auftrag der Christen, ihre Überzeugungen in eine in hohem Maße pluralisierte Gesellschaft einzubringen; in „kritischer Zeitgenossenschaft“ und durch ein „solidarisches Zeugnis der Hoffnung“, wie der Untertitel der Tagung ankündigte.

Ausdrücklich wollte das ZdK-Präsidium diesen Versuch einer grundsätzlichen Standortbestimmung als Zwischenstation verstanden wissen auf dem Weg zum Katholikentag in Mainz im nächsten Jahr, vor allem aber auch zum Hamburger Katholikentag 2000, der eine besondere ökumenische Ausrichtung erhalten soll, sowie dem für das Jahr 2003 geplanten ökumenischen Kirchentag. Unter dieser Perspektive war auch zur Studientagung eingeladen worden. Unter den 430 Teilnehmern waren die Hamburger Bischöfe, Erzbischof *Ludwig Averkamp* und Weihbischof *Hans-Jochen Jaschke*; auf evangelischer Seite die Hamburger Bischöfin *Maria Jepsen* sowie der Präsident und die Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, *Rainer Meusel* und *Margot Käßmann*.

Besondere Bedeutung kam dem Tagungsort zu: Zur Auseinandersetzung mit dem Öffentlichkeitsauftrag der Kirche in einer Gesellschaft, die, wie ZdK-Präsident *Hans Joachim Meyer* in

seiner Einführung zum Studientag betonte, durch „eine dramatische Abnahme der religiösen Praxis und eines früher unverstellbaren religiösen Traditionsbruchs“ geprägt sei, wählte man auch für eine ZdK-Vollversammlung zum ersten Mal eine Stadt in den ostdeutschen Bundesländern. Dabei ließ sich der Genius loci Erfurts und besonders der seines Augustinerklosters in mehrfacher Hinsicht beschwören, als Wirkungsstätte Martin Luthers, als Tagungsort des deutschen Unionsparlaments 1850 und als „geistiger Mittelpunkt für die katholischen Christen in der Zeit der DDR“ (Meyer).

### Ein früher unvorstellbarer religiöser Traditionsbruch

Allerdings mußte sich das ZdK am zum siebten Mal begangenen Tag der deutschen Einheit Erfurt und damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mit anderen teilen. Im Augustinerkloster trafen sich auch die Initiatoren der im Januar dieses Jahres veröffentlichten, sogenannten „Erfurter Erklärung“, gedacht als Impuls und Grundlage für eine breite außerparlamentarische politische Bewegung für einen Regierungswechsel in Bonn. An der Eröffnungsveranstaltung zu diesem Treffen nahmen als Mitunterzeichner der „Erfurter Erklärung“ unter anderen auch der frühere Erfurter Probst *Heino Falcke*, der Wittenberger Pfarrer *Friedrich Schorlemmer* sowie *Wolfgang Thierse*, ZdK-Mitglied und SPD-Vizevorsitzender, teil.

Während man dort um die Frage stritt, welche Rolle die PDS in einem Bündnis gegen die amtierende Regierungskoalition spielen dürfe, war man beim ZdK um deutliche Abgrenzung bemüht: Der ZdK-Präsident kritisierte an der „Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie“ betitelten Erklärung vor allem ein grundsätzlich problematisches Verhältnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die auf den ersten Blick etwas abstrakt und akademisch scheinende Fragestellung der ZdK-Studientagung erhielt unter anderem durch die Diskussion über das Thesenpapier zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und einer Neuaufwertung in der Arbeitsmarktpolitik Aktualität. Das Papier, das die Vollversammlung in Erfurt, anders als geplant, dem Hauptausschuß zur weitergehenden und ausführlicheren Beratung und anschließender Wiedervorlage zurückgab, wollte das ZdK-Präsidium als „Weiterführung“ und „Konkretion“ der im Sozialwort der Kirchen getroffenen Aussagen zur Arbeitslosigkeit verstanden wissen.

Es enthielt neben dem Plädoyer für ein neues Verständnis von Arbeit in einer anderen Zuordnung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und „gemeinnütziger Arbeit“ und der noch etwas holzschnittartigen Forderung nach einer „Förderung der sozialen Sicherung in überschaubaren Gemeinschaften“ im wesentlichen einen Mix der auch anderswo diskutierten Auswegmöglichkeiten aus der Massenarbeitslosigkeit: von der flexiblen Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit-Souveränität über die Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik sowie die Reduzierung der Lohnnebenkosten bis hin zur „Kombination einer langfristigen, produktivitätsorientierten Lohn- und Einkommenspolitik mit der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

Das Urteil der ZdK-Mitglieder lautete, mit unterschiedlichen Interessen von verschiedener Seite vorgebracht, im wesentlichen: „zu inkonkret“.

Grundvoraussetzungen, aber auch die Folgen der einzelnen Postulate müßten schärfer in den Blick genommen werden; so beispielsweise der Aspekt der Existenzsicherung bei einer Neubewertung des Stellenwertes der Erwerbsarbeit im Leben des einzelnen wie in der Gesellschaft überhaupt. Angemahnt wurde auch die Überprüfung der einzelnen Vorschlägen zugrundeliegenden Analyse; der Forderung nach einer stärkeren Konzentration auf „Verteilungsfragen“ stand die Klage über die Fixierung auf diesen Aspekt gegenüber.

## Prozeß der Pluralisierung verwandelt auch Kirche

Nicht nur an solchen tagespolitisch aktuellen Fragestellungen zeigt sich unübersehbar, daß sich im ZdK, zwischen und in seinen Mitgliedsverbänden, im wesentlichen das ganze Meinungsspektrum widerspiegelt, das auch die Debatte der zentralen gesellschaftlichen Probleme in Deutschland insgesamt prägt – von der immer gegensätzlicher ausfallenden schieren Wahrnehmung bestimmter Probleme über die Ursachenanalyse zur Suche nach möglichen Auswegen. Ein hohes Maß an Pluralität ist nicht nur eine zentrale Herausforderung des Engagements der Katholiken in der und für die Gesellschaft. Das Leben der Kirche insgesamt wie die Auseinandersetzungen im ZdK werden durch sie ebenso bestimmt wie die Chancen und Grenzen des öffentlichen Wirkens der Katholiken.

Wie sehr der Prozeß der Pluralisierung die Kirche selbst mitverwandelt, betonte auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz in seinem in die Studientagung einführenden Referat „Religion und Glaube als öffentliche Angelegenheit in der pluralistischen Gesellschaft“. Bischof Lehmann mahnte zur „Anerkennung der pluralistischen Grundsituation“ in unserer Gesellschaft, forderte die Christen zugleich aber auch auf, sich mutig zum unverwechselbaren Profil des eigenen Standortes zu bekennen und damit auch ein

falsches Minderwertigkeitsbewußtsein abzulegen.

In einem weiteren grundlegenden Referat („Wie kann die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft dialogisch, solidarisch und missionarisch sein?“) zeigte der Dortmunder Theologe *Thomas Ruster*, daß die Christen in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus auf ihr ureigenes Wesen, nicht zuletzt auf das Bild des jüdisch-christlichen Gottes zurückverwiesen werden: Der Pluralismus habe sich erst auf dem Boden der von der Bibel geprägten Kultur entwickeln können. Mithin hätten Christen keinerlei Anlaß, sich durch den Pluralismus bedroht zu fühlen. Daß sich die mutige, in Erfurt immer wieder beschworene Einmischung in den „gesellschaftlichen Wettstreit der Werte“, besonders auch im entschiedenen Eintreten für die in dieser Gesellschaft an den Rand Gedrängten beweisen müsse, hob Margot Käßmann bei einer Podiumsdiskussion über die spirituellen Grundlagen, Motive und Motivation der christlichen Weltgestaltung hervor.

Dieses gesellschaftliche Engagement der Kirche, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit steht, dies unterstrich ZdK-Präsident Meyer zu Beginn des Studientages, in mehrfacher Hinsicht unter Rechtfertigungs- und *Legitimationszwang*. Die Haltung der Gesellschaft dem öffentlichen Wirken der Kirchen gegenüber reichten von völliger Indifferenz bis zu „aggressiver Antikirchlichkeit“, einem Blick auf die Kirchen, der diese nur noch als Störfaktoren in der Entwicklungsdynamik hin zu einer weiteren Individualisierung begreife. Dabei werde den Kirchen keineswegs nur von außen der Platz in der Nische, im Privaten und Nicht-Öffentlichen zugewiesen.

Immer wieder versuchte man sich während der Studientagung abzugrenzen gegenüber bestimmten Kreisen in der Laienschaft ebenso wie in der Bischofskonferenz, die ein öffentliches Engagement zugunsten eines spirituel-teren, kontemplativeren Profils der katholischen Kirche in Deutschland zurückzudrängen suchen. Zum kon-

kreten Beispiel einer solchen Grundhaltung dienten den Rednern des ZdK dabei zwei in kurzem Abstand voneinander erschienenen Generalangriffe gegen die deutsche „Apparate-Kirche“ im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die die Leitung des ZdK offenbar tief getroffen hatten (mit Bezug auf die Debatte um die Beteiligung der Kirchen am staatlichen Schwangerschaftsberatungssystem am 22.8. und 27.9.97)

*Christian Geyer* hatte dort unter anderem moniert, Teile der deutschen Kirche verwechselten Mission mit dem Ehrgeiz, „gesellschaftlich relevante Kraft“ zu sein. „Das Reich Gottes soll in dieser Optik als etwas Empirisches in Erscheinung treten – am besten in Form von komiteeartig auftretenden, gut organisierten und kirchensteuerlich abgesicherten Apparaten, mit denen man gleichsam korporativ einen Fuß in die Türe der gesellschaftlich-politischen Ordnung setzt.“ Einem solchen, dem „klerikalen Verbandsgeist des neunzehnten Jahrhunderts“ entsprechenden Laienapostolat stellte Geyer die – seiner Wahrnehmung nach – vor allem unter jungen Menschen wachsende Begeisterung für die eucharistische Anbetung im laizistischen Frankreich gegenüber.

## Aktion und Kontemplation nicht gegeneinander ausspielen

Energisch wandten sich die Redner der Studientagung, unter anderen auch der ehemalige ZdK-Präsident *Hans Maier* und ZdK-Vizepräsidentin *Annette Schavan* gegen einen Rückzug hinter kirchliche Mauern oder in ein defensives Nischendasein. Mit gleicher Entschiedenheit wies man aber auch die Gegenüberstellung von „Kontemplation und Tätigsein“, des Dienstes für die Erneuerung der Kirche und des Einsatzes für die Erneuerung der Welt zurück: Verwiesen wurde in der Debatte auch auf die Tradition des politischen und sozialen Katholizismus, nicht zuletzt mit Blick auf das im nächsten Jahr in Mainz zu feiernde

150jährige Bestehen der Institution Katholikentag und den 50. Jahrestag des ersten Nachkriegskatholikentags. In seiner Auslegung zu 2 Kor 3, 1–6 („Unverkennbar seid Ihr ein Brief Christi“) betonte der Erfurter Bischof *Joachim Wanke*: „Das Christentum braucht Außenwirkung nicht als Selbstbestätigung, sondern zur Identitätsbewahrung.“

Fünf Arbeitskreise der Erfurter Studientagung hatten sich, assistiert von zahlreichen Fachleuten, mit dem Zustand der freiheitlichen Demokratie im Spannungsfeld zwischen Individualität und Institution, den Bildungs- und Erziehungszielen in einer pluralistischen Gesellschaft, den Folgen der rasanten Entwicklung in der Medienwelt, den Chancen und Gefährdungen solidarischen Handelns in einer multikulturellen und multireligiösen Weltgesellschaft und den politischen und gesellschaftlichen Hindernissen des anstehenden ökologischen Wandels auseinanderzusetzen. Sie formulierten auch die für die künftige Arbeit des ZdK, sein gesellschaftliches Engagement wichtige Forderung: In diesem Engagement sollten die Katholiken nicht nur noch stärker *ökumenische Zusammenarbeit* anstreben – diese hatte auch Bischof Lehmann hervorgehoben –, sondern auch Kooperation und Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen suchen, die, wenngleich von anderen Überzeugungen getragen, gleiche Ziele verfolgten. Nicht zuletzt war dieses Plädoyer auch von der Erfahrung der Arbeitskreise selbst getragen, in denen unter anderem „Konsens in wichtigen Zielen“ mit einem Vertreter des DGB ebenso wie mit der kirchenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, *Christa Nickels*, festgestellt wurde.

In dem Resümee der Arbeitsgruppen schien sich damit auch eine veränderte Vorstellung von Profil und Arbeit des Laiengremiums selbst anzukündigen. So wurde beispielsweise in modischer Diktion gefordert, sich stärker als „Netzwerk“ der verschiedenen kirchlichen und christlichen Initiativen zu verstehen. Dem inneren Pluralismus

innerhalb der Kirche schien man Rechnung tragen zu wollen, wenn vom ZdK als Dialogforum, als Dialogplattform die Rede war.

Offensichtlich werden sich in dem Maße, wie sich das ZdK diesem inneren und äußeren Pluralismus stellt, auch sein Arbeitsstil, das öffentliche Auftreten und letztlich auch sein

Stellenwert innerhalb der Kirche verändern. Auch mit der Erfurter Studientagung hat das Zentralkomitee unterstrichen, daß dieser Reflexionsprozeß schon begonnen hat und eine Reform des ZdK nicht auf die 1993 begonnenen und 1995 formal abgeschlossenen Strukturveränderungen beschränkt bleiben soll. *A. F.*

## Theologische Fakultäten: Reduktionen sind unumgänglich

*Unter Sparzwang wird in den nächsten Jahren der Personalbestand der katholisch-theologischen Fakultäten in Deutschland zurückgehen. Jetzt kommt es darauf an, diesen Prozeß möglichst ohne Qualitätseinbußen zu gestalten.*

„Wegen zurückgehender Studentenzahlen, aktueller hochschulpolitischer Tendenzen und Sparmaßnahmen an den Hochschulen ist absehbar, daß künftig an den theologischen Fakultäten mit einer gewissen Verringerung der Ausstattung gerechnet werden muß“ – so Bischof *Karl Lehmann* in seinem Pressebericht nach der diesjährigen Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda. Im Interesse der Qualität der theologischen Wissenschaft in Forschung und Lehre hielten es die Bischöfe für erforderlich, daß personelle Einsparungen nicht als Einzelfallentscheidungen vorgenommen, sondern in Strukturüberlegungen eingebunden würden, „die die fundamentalen Erfordernisse in Forschung und Lehre, besonders auch unter dem Gesichtspunkt weltkirchlich gültiger Mindeststandards, im Blick haben“.

### Mehr Kooperation ist angesagt

*Daß die katholische Theologie auch weiterhin in Form von Fakultäten, Instituten und einzelnen Lehrstühlen an den staatlichen Universitäten vertreten sein soll, steht derzeit nicht ernsthaft zur Debatte. Diskutiert wird*

aber seit Jahren, wie die Landschaft der katholischen Universitätstheologie künftig aussehen soll, wobei die Entscheidungen primär auf der Ebene der einzelnen Bundesländer zu treffen sind.

Der Herbstvollversammlung lag ein aktueller Bericht der Kommission VIII (Wissenschaft und Kultur) zur Entwicklung der katholisch-theologischen Fakultäten und Hochschuleinrichtungen vor, dem eine Besprechung mit Vertretern der einzelnen Hochschulregionen und der Katholischen Büros vorausgegangen war. Im März 1997 hatte der *Katholisch-Theologische Fakultätentag* eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet. Darin sprach sich der Dachverband der theologischen Fakultäten für eine Grundausrüstung von 13 hauptamtlichen Professuren für eine deutsche katholisch-theologische Fakultät aus und hielt gleichzeitig fest: „Die Festschreibung dieser 13 Professuren als eines unaufgebbaren Grundbestandes theologischer Fachsystematik darf keineswegs dahingehend mißverstanden werden, daß nun alle theologischen Fakultäten oder zumindest die meisten auf diese Grundausrüstung als einer Regelausrüstung reduziert werden könnten.“

Mit seiner Stellungnahme reagierte